

Ulrike und Werner Schramm
Beethovenstr. 8
D-91315 Höchstadt/Aisch
T 015122563883
Email: Werner51@t-online.de

Nordbayrische Nachrichten Herzogenaurach

Leserbrief zu „Pro Erdbeerfeld“, NN 05.07.2018

Es scheint ein beliebtes Mannöver der Politik zu sein, Ursache und Wirkung zu vertauschen. Das Ansinnen von Edeka, ein etwa 12 Fußballfelder großes Gebiet aus der landwirtschaftlichen Produktion zu nehmen, um darauf ihre Konzerninteressen umzusetzen, wird offensichtlich von der Stadt in Gestalt von BM Brehm befürwortet. Es wirkt heuchlerisch, wenn er angesichts der Fülle an Gegenstimmen aus der Bevölkerung diese Option weiterverfolgt. Ehrlicher wäre es in unseren Augen zu sagen, daß es sich offensichtlich um die Durchsetzung einer „marktgerechten Demokratie“ (einer radikalkapitalistischen neoliberalen Ideologie) handelt. Der Bürgermeister verweist hinsichtlich der Verkaufsabsichten der infragekommenden Flächen auf die Verpächter des Erdbeerfeldes. Nach unserer Auffassung würden Flächen - ohne Aussicht auf entsprechende Erlöse - als Ackerland verkauft, so könnte das wenig Sinn machen.

Normalerweise verlängern sich Pachtverträge Jahr um Jahr und der Verpächter hat ein langfristig garantiertes Einkommen. Verkauft werden kann die Fläche jedoch nur einmal. Würde sie allerdings verkauft werden ohne die Aussicht auf eine lukrative Alternative, verlören die Verpächter gute Pachtzahler. Erdbeerkulturen müssen mehrjährig angelegt werden, bedürfen also längerfristiger Investitionen. Dieser Notwendigkeit einer Planungssicherheit steht die bereits im Stadtrat getroffene „Befürwortung“ eines Bebauungsplanverfahrens entgegen. Einmal im Bebauungsplan könnte ein Grundstückseigentümer, der nicht verkaufswillig ist, mit Erschließungskosten rechnen. Dies allein stünde vermutlich als Drohung im Raum, einem Verkauf zuzustimmen.

Was wird, wenn einmal die kleinen Familienbetriebe kaputt gemacht worden sind und nur noch bezugten Großen unser Leben, unsere Ernährung, bestimmen?

Wo übrigens für die Familie Schuster eine „Alternativfläche“ herkommen soll, scheint das unergründliche Geheimnis des Bürgermeisters zu sein. Er werde einen „Alternativstandort“ suchen, eine fromme Absichtserklärung? Ein Landwirt, der auf Qualität seiner Erzeugnisse achtet, ist auf die entsprechende Bodengüte angewiesen und kann, im Unterschied zu einem Teppichhändler, den für ihn optimalen Boden nicht einfach einrollen und mitnehmen. Da bereits eine Entscheidung gefällt wurde, erscheint der Hinweis des Bürgermeisters auf eine kommende Stadtratsitzung als Hinhaltenmannöver für die Familie Schuster und die vielen Bürger, die den weiteren „Flächenfraß“ ablehnen. Die aus der EU bekannte – auch hinter dem Rücken des Souveräns (des Bürgers) – durchgesetzte, konzernfreundliche Politik möchten wir mit einigen Zeilen der Gruppe Rammstein charakterisieren: „Meine Sachen will ich pflegen, Den Rest in Schutt und Asche legen... Ich muss zerstören, Ja, ja, ja, Doch es darf nicht mir gehören.“